

Ihr SPD Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Coesfeld / Steinfurt II

Liebe Leserinnen und Leser,

In dieser Sitzungswoche haben wir als SPD einiges auf den Weg gebracht: Investitionspakt zur Entlastung der Kommunen, Mietpreisbremse und Frauenquote. „Gesagt. Getan. Gerecht.“, unsere Handschrift in der Regierung.



Investitionspaket: Kommunen entlasten – Zukunft sichern

Deutschland muss mehr investieren, um wirtschaftlich stark zu bleiben und Arbeitsplätze zu sichern. Klare Haltung der SPD ist: Eine solide Finanzpolitik und mehr öffentliche Investitionen sind kein Widerspruch. Beides ist notwendig, um die richtigen Weichen für eine gute Zukunft zu stellen. Nur mit einer modernen Infrastruktur bleibt Deutschland wettbewerbsfähig. Und nur leistungsfähige Kommunen können notwendige Investitionen und Daseinsvorsorge stemmen.

Bereits im Koalitionsvertrag haben wir uns mit Erfolg für mehr Investitionen und eine höhere kommunale Entlastung eingesetzt. Nun haben wir uns mit der Union darauf verständigt, die dafür

vorgesehen Mittel nochmals deutlich anzuheben. Dabei hat die SPD ihr vorrangiges Ziel erreicht: Die Investitionskraft finanzschwacher Städten und Gemeinden wird gezielt gestärkt.

- ✓ *Höhere kommunale Entlastung:* Bisher war vereinbart, dass die Kommunen von 2015 bis 2017 um jeweils eine Milliarde Euro entlastet werden. Die Forderung der SPD war, diesen Betrag schon 2017 deutlich zu erhöhen. Jetzt haben wir erreicht, dass die Entlastung der Kommunen um weitere 1,5 Mrd. Euro auf insgesamt 2,5 Mrd. Euro in 2017 steigt und dann 2018 mit 5 Mrd. Euro ihre volle Höhe erreicht. Das ist ein wichtiger Schritt um die Handlungsfähigkeit der Kommunen zu erhalten.
- ✓ *Kommunales Investitionsprogramm:* Mit einem Sondervermögen von 3,5 Mrd. Euro wird noch 2015 ein Investitionsfonds für finanzschwache Kommunen eingerichtet. Mit dem kommunalen Investitionsprogramm leistet der Bund auch einen Beitrag zum Ausgleich der unterschiedlichen Wirtschaftskraft in unserem Land.
- ✓ *Mehr Mittel für Infrastruktur:* Die Investitionen in die Verkehrswege und in die digitale Infrastruktur werden nochmals deutlich um über 4,3 Mrd. Euro angehoben. Zusätzlich werden Mittel aus der Versteigerung von Frequenzen für den

Ihr SPD Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Coesfeld / Steinfurt II

Breitbandausbau genutzt. Unterm Strich werden wir die bereits im Koalitionsvertrag beschlossenen zusätzlichen Infrastrukturinvestitionen in Höhe von 5 Mrd. Euro verdoppeln.

- ✓ *Höhere Investitionen in Energieeffizienz, Klimaschutz und Städtebau:* Mit 1,2 Mrd. Euro zusätzlich wird die Umsetzung des Nationalen Aktionsplans Energieeffizienz vorangetrieben. Über 1 Mrd. Euro zusätzlich wird für Klima- und Hochwasserschutz sowie den Städtebau zur Verfügung gestellt. Weitere rund 400 Mio. Euro stehen für andere investive Zwecke bereit.
- ✓ Die SPD hat auch dafür gesorgt, dass durch Auflösung der Globalen Minderausgabe für das Betreuungsgeld weitere 3 Milliarden für Investitionen zur Verfügung stehen.



Unterm Strich hat die SPD das seit Jahrzehnten größte Entlastungsprogramm für Kommunen auf den Weg gebracht! Gemeinsam mit dem bereits beschlossenen Mittelaufwuchs für Kindertages-

stätten, für die Städtebauförderung und der Unterstützung bei der Unterbringung von Flüchtlingen summieren sich die Hilfen für Kommunen zwischen 2015 und 2018 auf über 15 Mrd. Euro. Eine gute Investition in unsere Zukunft!

Mietpreisbremse kommt ohne Abstriche

Wir haben uns durchgesetzt: Die Mietpreisbremse wurde am Donnerstag im Plenum verabschiedet und wird nun – ohne Abstriche umgesetzt. Ein wichtiger Erfolg für Millionen Mieterinnen und Mieter.



Der Mietexplosion in vielen Ballungsräumen wird damit ein Ende gesetzt. Dort sind Mietsteigerungen von über 30 Prozent bei Wiedervermietungen inzwischen keine Seltenheit mehr. In den von den Ländern ausgewiesenen Gebieten darf die Miete künftig bei Wiedervermietung maximal 10 Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen.

Ihr SPD Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Coesfeld / Steinfurt II

Ungefähr 400.000 Mieterinnen und Mieter werden so bei der Wiedervermietung entlastet. Durch die Einführung des Bestellerprinzips: „Wer den Makler bestellt, der muss ihn auch bezahlen“, sparen die Mieter zusätzlich rund 573 Millionen Euro. Damit werden die Mieter insgesamt um 857 Millionen Euro im Jahr entlastet.



Um Anreize für den Neubau von Wohnungen auch weiterhin zu setzen, sind Neubauten und umfangreiche Wohnungsmodernisierungen von der Mietpreisbremse ausgenommen.

Mit der Mietpreisbremse und dem Bestellerprinzip werden auch die Wohnungssuchenden in den Kreisen Coesfeld und Steinfurt profitieren. Es ist gut, dass wir jetzt eine Mietpreisbremse haben: Wohnen darf nicht zum Luxusgut werden!

Tarifeinheit - Solidarische Tarifpolitik stärken

Tarifautonomie und eine gute Sozialpartnerschaft sind Grundpfeiler der sozialen Marktwirtschaft und tragen wesentlich zum wirtschaftlichen Erfolg Deutschlands bei. Konflikte von konkurrierenden

Gewerkschaften (Tarifkollisionen) schwächen jedoch das solidarische Miteinander in Betrieben und leisten einer Zersplitterung der Arbeitnehmervertretung Vorschub. Wir beraten deshalb in dieser Woche in erster Lesung einen Gesetzentwurf zur Tarifeinheit. Mit ihm wollen wir das Mehrheitsprinzip wieder stärker in der Tariflandschaft verankern.

Wichtig ist: Das Streikrecht bleibt unangetastet!

Kleine Gewerkschaften können auch weiterhin für die Interessen ihrer Mitglieder eintreten. Im Konfliktfall müssen sich konkurrierende Gewerkschaften aber zum Wohle der gesamten Belegschaft einigen. Nur wenn dies nicht gelingt, soll der Tarifvertrag derjenigen Gewerkschaft angewendet werden, die im Betrieb über die meisten Mitglieder verfügt. So wird sichergestellt, dass der Tarifvertrag mit der größten Akzeptanz gilt. Gemeinsam mit der in der vergangenen Woche eingesetzten Mindestlohnkommission ist das Gesetz zur Tarifeinheit ein wichtiger Schritt, um Tarifautonomie und Tarifpartnerschaft in unserem Land zu stärken.

Ihr SPD Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Coesfeld / Steinfurt II

Teilhabe von Frauen in Führungspositionen verbessern

In vielen Unternehmen ist die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern in Führungspositionen immer noch nicht Realität.

In den TOP-160 Unternehmen in Deutschland beträgt der Anteil von Frauen in den Aufsichtsräten gerade 18,9 Prozent. Nur fünf von 160 Aufsichtsratsvorsitzenden sind weiblich. Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf soll eine signifikante Erhöhung des Frauenanteils in Führungspositionen erreicht werden: Ab 2016 müssen in börsen- und paritätisch-mitbestimmungspflichtigen Unternehmen mindestens 30 Prozent der Aufsichtsratsposten mit Frauen besetzt sein.

Wird diese Quote nicht erfüllt, bleiben die Aufsichtsmandate un-besetzt („Leerer Stuhl“). Die Quote gilt dabei grundsätzlich für den gesamten Aufsichtsrat.



Schulklasse des Gymnasium Nottuln im Deutschen Bundestag

Am Mittwoch bekam ich Besuch der Schülerinnen und Schüler des Gymnasium Nottuln.



Mein Team und ich nahmen uns die Zeit um über die politische Arbeit im Bundestag zu berichten. Anschließend stellte ich mich den Fragen der politisch sehr interessierten Schülerinnen und Schüler. Zum Abschluss gewährte wir der Gruppe noch einige Einblicke hinter die Kulissen des Deutschen Bundestages und es gab eine kleine Privatführung.

Anschließend hatten die Schülerinnen und Schüler noch Gelegenheit die Kuppel des Reichstagsgebäude und das Plenum zu besichtigen.

In den nächsten Tagen wird die Gruppe aus dem Fachbereich Sozialwissenschaften noch die Gedenkstätte Hohenschönhausen und Landes-

Ihr SPD Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Coesfeld / Steinfurt II

vertretung NRW besuchen. Danach geht es dann für die Gruppe, mit vielen neuen Eindrücken im Gepäck, zurück in die Heimat.

Veranstaltungshinweis

Ulrich Hampel MdB, Dirk Wiese MdB und die SPD-Havixbeck, Billerbeck und Nottuln laden am 10. März nach Havixbeck ein:

Thema: "TTIP – Fluch oder Segen"



Das geplante Freihandelsabkommen TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership) zwischen der Europäischen Union und den USA, aber auch um CETA („Canada – EU Trade Agreement“) werden in der Öffentlichkeit kontrovers diskutiert. Kritiker äußern Befürchtungen, dass künftig etwa internationale Schiedsgerichte durch die Investitionsschutz-Klauseln statt Parlamente über die Ausgestaltung unseres Sozialstaates entscheiden könnten. Droht TTIP damit der Demokratie die ökonomische sowie ökologische Kontrolle zu entziehen?

Die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise hat gezeigt, dass die Globalisierung international anerkannte und durch internationales Recht durchsetzbare Regeln benötigt. Für die SPD-Bundestagsfraktion ist das TTIP-Abkommen daher eine Chance, gemeinsam globale Standards zu definieren, die sich an europäischen Werten und Normen orientieren. Arbeitnehmerrechte, Umwelt- und Gesundheitsschutz, öffentliche Daseinsvorsorge, Verbraucherrechte und Datenschutzstandards auf EU-Niveau dürfen nicht unterlaufen werden. Diese Sorgen nehmen wir sehr ernst.

Die TTIP-Verhandlungen sollen breit, kritisch und öffentlich begleitet werden können. Wir möchten Sie über unsere Position informieren und einen Beitrag zur öffentlichen Debatte leisten.

Anmeldung unter:

Mail: Ulrich.Hampel.wk02@bundestag.de

Tel.: 02594-78 33 285

Handy: 0170 32 13 810

Ihnen wünsche ich für das nun beginnende Wochenende alles Gute.

Ihr

